# Die Einheitsfront

**Organ der Allgem. Arbeiter-Union, Einheits-Organisation**

Nr. 13. — 6. Jahrgang. | April 1926. | Preis 10 Pfennige.


# Die Aktion des Völkerbundes

I.

„Ein Mißerfolg!" schreien die einen.

„Ein moralischer Erfolg" erwidern die anderen.

Und so erwecken die einen wie die anderen den Eindruck, als ob immerhin eine „Aktion" stattfinden sollte. Wie müssen die Schauspieler, die in dieser Posse mitwirken, sich amüsieren über das gläubige und aufgeregte Publikum, das im Zuschauerraum mit den Händen fuchtelt oder pfeift — angestachelt durch die Journaille der ganzen Welt, die ebenso davon lebt wie die Schauspieler. **Die** aber kommen immer auf ihre Kosten, mag das Publikum Beifall klatschen oder zischen. Sie haben ein Stück zu spielen, in dem fast ohne Unterbrechung eingeladen wird zu Soupers und Diners, zu Gartenfesten und Empfängen, um dem sie ihre Meisterschaft im Vertilgen von Sekt und Kaviar zu beweisen haben. (Ganz, als ob sie eins der schon zur Kaiserzeit so berühmten Feste beim russischen Botschafter hätten, die jetzt unterm Sowjetstern überall, in Berlin wie in Paris oder Rom, den Höhepunkt der Saison für die „Gesellschaft" bilden.) Wie herrlich waren für sie alle die Tage in dem paradiesisch schönen Genf, gerade jetzt, da der Frühling mit seinen siegreichen Einzug gehalten hatte.

Einmal hob plötzliche Zugluft, wie im Film, einen Zipfel des bunten Vorhangs. Der Vertreter Brasiliens, der schwarze Mann, der bekanntlich am Schlusse des Kasperle-Theaters auftauchen und die anderen Schauspielerkollegen mit seiner Peitsche fortzujagen hatte, er tat dies nur deshalb, weil er sich in herrlicher Villa am Genfer See bereits für lange Zeit dauernd niedergelassen hatte und dort bleiben wollte mit seiner schönen Frau. Ja, sie war überhaupt diejenige, welche! So wenigstens war zu lesen in deutschen liberalen, sozialdemokratischen und sonstigen völkerbundsfreundlichen Zeitungen. Ob's wahr ist, können wir natürlich nicht nachprüfen. Daran haben wir auch nicht das mindeste Interesse. Uns muß schon genügen, was **die Beteiligten selbst** voneinander halten; welche Beweggründe ihres Handelns sie selbst für maßgeblich und möglich annehmen — sie, die doch wissen, wie es tatsächlich hinter den Kulissen zugeht.

Daß der Völkerbund nur eine lächerliche Farce ist, aber dem sehr ernsthaften Zweck dient, die breiten Massen in Europa **politisch** in Atem zu halten und damit von der Erkenntnis der wirtschaftlichen Todeskrise abzulenken — das fangen jetzt erst ganz allmählich die Proletarier zu begreifen an. Der Völkerbund ist infolge der Verflechtung der gesamten Wirtschaftslage Europas die notwendige Ergänzung der nationalstaatlichen **Demokratie.** Wir, die Unionisten, und die uns nahestehenden anderen Revolutionäre wissen schon von Marx her, daß die Demokratie gleichfalls nur eine Farce ist, daß i:.: Klassenstaat, im Kampf der ausgebeuteten Klasse mit der herrschenden Klasse, niemals eine wirkliche Demokratie existieren kann, sondern daß sie nur einen raffinierten Betrug des modernen Kapitals darstellt, der die Massen des Proletariats **scheinbar,** nämlich nur **politisch,** an der Mitregierung beteiligt und auch insoweit nur durch korrumpierte, am Kapital interessierte **Vertreter.** Für die seit Jahrzehnten infolge des Marxismus aufgewachten Massen war diese „Demokratie" das einzige Mittel, um sie zu beschwichtigen, abzulenken von der Realität des Klassenkampfes, betrunken zu machen mit scheinbaren Erfolgen — wie jetzt beispielsweise mit dem „Riesenerfolge" des Volksentscheids, der in Wahrheit genau soviel wert hat wie eine rot angestrichene Schweinsblase, die man zum Entzücken seiner Kinder in der Luft tanzen läßt. Die Arbeiterparteien, die SPD und KPD, erringen Erfolg auf Erfolg — und die Massen verelenden von Tag zu Tag. Wenn der Volksentscheid ein Riesenerfolg ist, so müßte er — nicht wahr? — die Verelendung sichtbar und greifbar beenden oder wenigstens aufhalten. Aber so, lieber Genosse, ist das nicht gemeint. Nein, du mußt lernen, unsere Parteisprache zu verstehen. Erbitterter „Kampf", gewaltige Rede„schlacht", ungeheurer „Erfolg", ja, verehrter Partei-Esel, das mußt du nicht wörtlich nehmen, als ob du dir damit nun tatsächlich dein Margarinebrot belegen kannst. Nein, das ist nur . . . ideal gemeint. Und wenn du nur Geduld hast (und als Partei-Esel hast du nun mal diese hauptsächlichste Tugend eines Proletariers lernen), so wirst du auch schließlich und am Ende alle diese Erfolge als guten Schweinebraten verwirklicht auf deinem Tische sehen — **falls du es erlebst.** Vorläufig allerdings begnüge dich halt mit dem bewundernden Anstarren der Schweinsblase und ihrem Aufdruck: „Riesenerfolg des Volksentscheids" oder „Sieg der wahren Demokratie".

Was die Demokratie im Vaterlande, das hat der Völkerbund in Europa zu leisten! Politischer Zirkusrummel für die Enterbten aller Industrieländer. Langsam, wie einst die mörderische Pest, ergreift die Todeskrise der kapitalistischen Wirtschaft ein Land Europas nach dem anderen.

**England** hat, trotzdem es in Gold schwimmt, schon seit einem Jahr die größte Erwerbslosenziffer.

**Deutschland** rückt ihm nach. In allen Börsenberichten ist ständig zu lesen, daß an der Börse in den geldverleihenden Kreisen, d. h. der Hochfinanz, außerordentliche Geldflüssigkeit herrscht — aber das Volk, Proletariat wie Mittelstand, kennt größere Beträge nur vom Hörensagen und seine Bettelpfennige reichen nicht mehr zu menschenwürdiger Existenz.

**Frankreich** doktert seit vielen Monaten an seiner Valuta. Sein Hellferich, der Finanzminister Caillaux, verschwand mit seinen Rezepten im Abgrund. Eine Regierungskrise folgt der anderen. Der Frank stürzt von Monat zu Monat. Schon erscheint vielen „Staatsmännern" Frankreichs die Inflation als einzige R e t t u n g !

**Polen,** ohnehin nur Stipendiat Frankreichs, steht vor der gleichen Situation. Während der Banknotenumlauf, also die Schuldenseite, sich erhöht hat von 349 auf 368 Millionen Zloty, hat sich der Valutavorrat vermindert von 60 auf 54 Millionen. Die Gesamtverhältnisse der Industrie sind in Polen trostlos. Aehnlich sieht es in Oesterreich und in der Tschechoslowakei aus.

In **Italien** hat sich die Handelsbilanz der beiden ersten Monate dieses Jahres fast um 2 Milliarden Lire verschlechtert. Mussolini plant daher verstärkte Einfuhrverbote.

So treibt ein Keil den anderen. Die Lage der einzelnen Wirtschaftsgebiete Europas sind im Innern immer gefährlicher. Zugleich wird sie durch den aufs äußerste gesteigerten Konkurrenzkampf, den sie gegeneinander führen müssen, zu einer völlig verzweifelten. Die außereuropäischen Kolonialländer, einst Hoffnung und letzte Reserve für die Aufnahme der europäischen Produktion, sind selbst Wirtschaftskonkurrenten Europas geworden.

Die Politiker wissen längst, daß sie — die jämmerlichen Kommis der Hochfinanz, Schwerindustrie und Großagrarier — am allerwenigsten imstande sind, die todkranke Wirtschaft wieder auf die Beine zu stellen. Sie sind sich völlig im klaren darüber, daß diplomatische Rezepte, wie der „Frieden" von Locarno oder der Eintritt Deutschlands in den politischen Klub „Völkerbund", genau denselben Wert haben für die von den Massen erhoffte Wunderkur, wie bei Grassieren einer Seuche das Gesundbeten einer Kartenlegerin oder das Herumtragen von Heiligenbildern in bischöflicher Prozession. Sie wissen auch, daß der Wert dieser Popanze nur in dem **Fetischglauben der Masse** beruht. Sie wird abgelenkt, beruhigt. Sei es auch nur für einige Zeit. Dann sorgt neuer Schwindel für neue Ablenkung. So ist das Theater des Völkerbundes notwendige Ergänzung des Schwindels der bürgerlichen Demokratie. Daher auch Liebling der Sozialdemokratie und der Gewerkschaften. „Panem et circenses" war der ganze Inhalt der kaiserlich-aristokratischen Politik im alten Rom. Gebt dem Volk genug Brot und Zirkusspiele (heute würde man sagen: Kino), dann ist es ruhig. Genug Brot? Sehr schwer, allmählich ganz unmöglich. Aber das Kino des Völkerbunds hält die Völker in Atem.

Der Charakter der Posse beginnt aber doch allmählich dem Volke klarzuwerden. Am ehesten noch dem proletarisierten Mittelstande, der sich schon nicht mehr von den verlogenen Hymnen der Mosse-, Ullstein- und SPD-Presse täuschen läßt. Aber auch das Proletariat, das seine letzten Hoffnungen auf die Genfer Wunderdoktoren gesetzt hatte, wacht auf. Es sieht, wie alle die Regierungsmänner, die **nichts,** nicht einmal ihren Humbug zustande gebracht haben, bei ihrer Heimkehr genau so begrüßt werden und Vertrauensvoten von ihren Parteien erhalten, wie wenn sie „Erfolg" gehabt hätten. Die **herrschende** Bourgeoisie mit ihren sozialdemokratischen Lakaien in den maßgebenden europäischen Ländern ist sich eben klar über die Rolle, die der Völkerbund zu spielen hat.

II.

Ein Völkerbund, der weder Bund der V ö l k e r, noch überhaupt B u n d, sondern im Gegenteil eine lose, nur auf dem Papier stehende Organisation von K o n k u r r e n t e n, zudem o h n e die mächtigsten, Amerika und Rußland, ist, würde selbst dann zu bloßer Theaterspielerei verurteilt sein, wenn er nicht in Wahrheit nur F i l i a l e E n g l a n d s wäre.

Allerdings, so wenig wie England seine vor dem Kriege bestandene Weltherrschaft aufrechterhalten kann, so wenig hat es im Völkerbund seine Vormachtstellung sichern können. Frankreich mit seiner mächtigen Armee und seiner England bedrohenden Flotte von U-Booten und Flugzeugen ist sein geheimer Feind. Was für Intrigen beide Regierungen gegeneinander ausspielen, können Außenstehende nicht wissen, höchstens vermuten. Zweifellos sieht Frankreich sich infolge seiner finanziellen Nöte gezwungen, den Kampf gegen England zu unterbrechen und mit ihm gemeinschaftlich einen Ausweg zu suchen.

I m K a m p f u m D e u t s c h l a n d ist England in vorteilhafterer Lage als Frankreich. Während Frankreich in ständiger Furcht vor der Revanche eines wiederkehrenden, vielleicht mit Rußland verbündeten Deutschland lebt, braucht England von Deutschland Aehnliches nicht zu befürchten. Im Gegenteil, es sucht Deutschland wieder als seinen Turm auf dem politischen Schachbrett Europas gegen F r a n k r e i c h zu verwenden, wie es dies seit Jahrhunderten getan hat, vor allem mit Hilfe des Friedericus Rex, dem es hierfür hohe Subsidien zahlte während des 7jährigen Krieges, an dessen Ende England als größte Seemacht dastand, sodann 1813 im „Freiheits"krieg mit Hilfe Blüchers, der ihm das Frankreich Bonapartes zu Boden werfen half.

England hat aber neben d i e s e m Erbfeind in Europa noch in Asien einen gefährlichen Feind: Rußland. (Selbstverständlich bestehen diese Feindseligkeiten nur auf dem Boden des heutigen kapitalistischen und imperialistischen Konkurrenzsystems. Es sind Gegensätze der nach Profit jagenden Bourgeoisien, nicht der Völker). So, wie Polen im Osten als Gendarm Frankreichs steht, soll Deutschland als Gendarm Englands gegen Rußland, eventuell auch gegen Polen verwendet werden. Zwischen Frankreich, England und Rußland pendelt Italien hin und her. Seine Furcht vor Vereinigung Deutschlands und Oesterreichs scheint Mussolini veranlaßt zu haben, Brasilien als schwarzen Mann vorzuschicken, der den „Bund" sprengte.

Freilich dürfte die Zeit für derartige diplomatische Bündnisse bald vorüber sein. Die „Staatsmänner" arbeiten aber immer noch mit den althergebrachten Mitteln, z u m a l s i e a n d e r e M i t t e l, h e r a u s z u k o m m e n, n i c h t s e h e n. Immer stärker treten die Wirkungen der W i r t s c h a f t s k r i s e hervor und verdrängen die politischen Mätzchen. Das selbe bürgerliche Deutschland, das als Vasall Englands Posten stehen soll g e g e n Rußland, sucht sich wirtschaftlich wieder gesund zu machen durch östliche Orientierung, durch Ausfuhr nach Rußland. Die wirtschaftlichen Nöte sind eben stärker. Aus diesem Grunde ist das Geschrei der „Roten Fahne", als ob der Eintritt Deutschlands in den Völkerbund bereits seinen kriegerischen Einmarsch in Rußland bedeute, bewußter Schwindel gewesen.

Aber auch das Wirtschaftsbündnis des deutschen Kapitalismus mit Moskau wird ihn nicht retten. Wohl hat Rußland noch ungeheure brach liegende Naturschätze und unermeßliche Aufnahmefähigkeit für industrielle Produkte — aber kein Geld. Die paar M i l l i o n e n für Korrumpierung der ausländischen kommunistischen Parteien, besonders der KPD, spielen keine Rolle — hier sind M i l l i a r d e n nötig. Milliarden sind da, aber in den Kassen der Hochfinanz in Neuyork, London, Paris, Berlin. Dort s t a u e n sie sich, eben weil die Großkapitalisten mit Recht fürchten, ihr Kapital erst recht zu verlieren, wenn sie es in die unprofitabel gewordene Industrie stecken. An diesen inneren Widersprüchen geht das kapitalistische System zugrunde.

Am Willen des erwachenden Proletariats liegt es, die gegenwärtige Ausweglosigkeit des Systems zu benutzen zum Generalsturm gegen es, mit dem Ziele, über die lächerlichen Illusionen der Demokratie und des Völkerbundes hervorzubrechen und durch s e i n e Diktatur die Räteherrschaft und das profitlose kommunistische Wirtschaftssystem und damit einen wirklichen Völkerbund aufzurichten.

## Nieder mit allen demokratischen Illusionen!

## Bolschewisierungsbankerott*)

**Einst und Jetzt.**

„Die Kommunistische Partei geht in diese Institution (Parlament) nicht hinein, um dort eine organische Arbeit zu leisten, sondern um vom Parlament aus dazu zu helfen, die Staatsmaschine und das Parlament selbst durch die Aktion zu sprengen."

Leitsätze der Komintern über die Kommunistischen Parteien und den Parlamentarismus, II/11, beschlossen auf dem 2. Kongreß der Komintern, 17. Juli—7. August 1920.

„Ich möchte zunächst den Kollegen Andre fragen, ob er im Namen der Zentrumsfraktion oder der Herren gesprochen hat, die heute abend gern nach Hause fahren wollen. Sein Argument, daß wir das Plenum nach Hause schicken sollen, damit die Ausschüsse arbeiten können, ist oberfaul. Denn bei allen bisherigen Pausen, die mit Rücksicht auf Ihre Fraktion gemacht worden sind, vergangenen Sonnabend und Montag und in der Woche vorher, sind gerade die wichtigsten Ausschüsse von Ihren Vorsitzenden nicht einberufen worden, obwohl wir es verlangt haben. Das zeigt, daß Sie nur weiter die Arbeit sabotieren, aber nicht fördern wollen."

Rede des Leiters der Reichstagsfraktion der KPD, Stoecker, nach dem amtl. Stenogramm des Reichstags vom 5. Febr. 1926.

**Der Staatsanwalt im Dienste der Zentrale oder die Zentrale im Dienste des Staatsanwalts?**

Die Zentrale der KPD hat an dem Landfriedensbruchprozeß gegen die hannoverschen Oppositionsgenossen noch nicht genug. Sie will den Staatsanwalt noch weiter in Anspruch nehmen. Sowohl an den Leiter der Ortsgruppe Göttingen wie an den Drucker in Göttingen hat die Zentrale der KPD offiziell ein Schreiben gerichtet, in dem sie wegen Herstellung der Beitragsmarken der Opposition mit dem Staatsanwalt droht. Die ständige Inanspruchnahme des Staatsanwalts zeigt, wie weit die Einheitsfront zwischen KPD-Führung und Klassenjustiz schon gediehen ist.

**Einer, der sich die Finger schon verbrannt hat.**

Epstein war bisher politischer Leiter des Bezirks Nordwest. Da ließ ihn der „Ruhm" Millers in Hannover nicht schlafen. Er schloß den Vorsitzenden der Ortsgruppe Münster aus der Partei aus, weil er Verfasser einer Resolution sei, die sich mit Hannover solidarisiert. Als sich nun die Ortsgruppe Münster einstimmig mit ihrem Vorsitzenden solidarisierte, erklärte Epstein die Ortsgruppe als außerhalb der Partei stehend. Nun aber solidarisierte sich wiederum Osnabrück mit Münster und dann griff die gefährliche Bewegung sogar nach Bremen über. **In dieser Not setzte die Zentrale Epstein einfach ab.** Und nun muß er Abonnentensammler spielen, und noch dazu im fernen Schlesien. Das erste, was Epstein nach seiner Absetzung tat, war ein fürchterliches Gefluche auf die „völlig reformistische" Politik der Zentrale. Ei, ei!

**Wahlkarussell in Mecklenburg.**

Am Sonntag, den 7. Februar 1926, fanden in Mecklenburg allgemeine Amtswahlen statt. Die offizielle Parteipresse hatte mitgeteilt, daß dort „Tausende" von Landarbeitern zu unseren Versammlungen über die Fürstenabfindung zusammenströmten. Und in der Tat: In Mecklenburg mußte die Fürsten- und Maitressenwirtschaft besonders aufreizend wirken. Aber das Wahlergebnis? Gegenüber der letzten allgemeinen Wahl vom 7. Februar 1924 stieg die Stimmenzahl der SPD von 77 800 auf 82 000, die der KPD aber sank von 13 000 auf 9000! In ganz Mecklenburg (bisheriger Bezirksleiter Kreikemeyer!) hat die KPD also nur noch 9000 Stimmen! Ein sichtbares Zeichen für die katastrophale Wirkung der „neuen" Taktik der KPD kann es wohl nicht geben.

## Einheitsfrontfusel

Was immer die zentralistischen Arbeiterparteien aus der revolutionären Tradition, oder Grundsätzliches aus der historisch-materialistischen Weltanschauung übernehmen und in ihrem Parteiapparat verankern, wird aus einer revolutionären Errungenschaft zu einem Schwindel. Aus dem Grundgedanken kommunistischer Weltanschauung, der Enteignung, machen sie den Enteignungsschwindel durch „Volks"entscheid. Aus dem Unionsgedanken der revolutionären Betriebsorganisation machen sie den Schwindel der parteikommunistischen Betriebszellen. Aus dem Einheitsgedanken Einigung des Proletariats machen sie einen reformistischen Einheitsfrontschwindel, dessen groteskestes Beispiel wohl das folgende ist. Die vom Einheitsfrontfusel trunkene Redaktion der „Roten Fahne" druckt in einer Nummer hintereinander in traulicher Nachbarschaft die folgenden beiden Zuschriften ab:

Vom Erwerbslosenausschuß Charlottenburg wird uns mitgeteilt:

Die Räume des Arbeitsnachweises in der Berliner Straße sind so klein, daß ungefähr im ganzen 300 bis 400 Menschen hineingehen. Es sind aber an 20 000 Erwerbslose in Charlottenburg. Die Folge davon ist, daß die Erwerbslosen, um die Vermittlungszeit innezuhalten, sich auf dem Bürgersteig aufhalten müssen. Der Bürgersteig ist gut 20 Meter breit, so daß eine Verkehrsstörung durch die wartenden Erwerbslosen nicht entstehen kann. Trotzdem geht die Polizei in der rigorosesten Weise vor. Gestern vormittag beschäftigte sich ein Schutzpolizist damit, die Erwerblosen dauernd hin- und herzujagen. Als sie sich das verbaten, rief er ein Ueberfallkommando an, das dann auch in Stärke von sechs Mann erschien und Gummiknüppel schwingend den Bürgersteig räumte. Der befehlshabende Leutnant bemerkte in schnösligem Tone, daß jeder sofort mitzunehmen sei, der den Anweisungen nicht sofort folge . . .

Von einem Schupobeamten erhalten wir folgende Zuschrift:

Der Berliner gewöhnt sich an alles; aber an seine Schupo hat er sich nicht nur gewöhnt, sondern er ist mit ihr bereits verwachsen. Besonders der kommunistische Arbeiter steht mit dem größten Teil der Schupo auf gutem Fuße. Und so soll es sein. Der Mann aus dem Volke gehört eben zu seinen Volksgenossen, auch wenn er Polizeibeamter ist. Der Polizeibeamte soll Schützer und Berater des Volkes sein, mit ihm fühlen und denken. Selbstverständlich soll er das Rowdytum schärfstens bekämpfen und guter Hüter der öffentlichen Ordnung sein. Aber niemals darf er sich dazu hinreißen lassen, Leute wegen ihrer politischen Gesinnung unter vier Augen etwa zu verprügeln, besonders wenn es solche sind, die für Besserstellung des Proletariats kämpfen; denn zu diesem Proletariat gehört nun auch mal der Polizeibeamte, auch wenn dies von den Offizieren tausendmal verneint wird. In letzter Zeit hat man auch selten von solchen Prügelhelden innerhalb der Schupo gehört. Doch kaum wurden die ersten ostpreußischen, Sensburger Polizeischüler im Berliner Straßenverkehr verwandt, als auch schon wieder Klagen dieser Art eingingen. Dieses schädigt das Ansehen der alten Berliner Polizeibeamten, die mit den kommunistischen Arbeitern bisher auf gutem Fuß lebten. Ist es da ein Wunder, wenn man dem Zuzug von weiteren 500 Ostpreußen mit gemischten Gefühlen entgegensah? Diese Kollegen sollen sich gesagt sein lassen, daß Berlin eben nicht Ostpreußen ist, wo der Arbeiter geschurigelt wird. Welche engen Beziehungen mit den Arbeitern in Berlin bestehen, mögen die neuen Beamten an den Abtransport der Schupo nach Düsseldorf mit „Rot Front" erkennen. Aber zu schwarz wollen wir die neuen Kollegen auch nicht hinstellen, denn manch einer hat sich bereits zu uns gehörig erklärt. Mögen die anderen bald folgen zum eigenen und zum Wohle der Allgemeinheit!

Weiter geht's nimmer. Den Kommißstiefel, der sie tritt, beeilen sie sich noch zu küssen.

*) Entnommen dem dritten „Mitteilungsblatt für die Parteiarbeiter der KPD-Opposition (Linke KPD) des Bezirks Niedersachsen".

## Der Verfall des Kapitalismus und die Räte

II.

**Die BO im imperialistischen Krieg.**

Verfolgen wir jedoch die Rolle der BO in den bevorstehenden Krisenperioden einmal weiter. Die tödliche Erkrankung der Wirtschaft, die heute schon praktisch gegeben ist, muß sich ja ihrer inneren Natur nach noch ständig verschlimmern, je später die Proleten ihre besondere Aufgabe begreifen. Dringt die Erkenntnis bei ihnen durch, so entstehen natürlich sofort revolutionäre Kämpfe. Die Aufgabe der Sowjets in ihnen zu beschreiben, ist nicht Sache dieser Untersuchung. Wir wollen hier zur Beurteilung der Anpassungsfähigkeit unserer Einheitsorganisation nur die sicher vorauszusagenden, rein mechanisch sich ständig verschärfenden Krisenformen betrachten. Dazu gehört insbesondere der **Krieg.**

Daß es zu Kriegen kommen wird, ist für jeden ökonomisch Geschulten selbstverständlich. Die Inganghaltung der Profitwirtschaft beruht auf der Konkurrenz. Die Form der „nationalen" Interessentengruppen, ihre Gegensätze auszutragen, Rohstoffgebiete und Absatzmärkte zu erobern — ist der Krieg. Das Zufallsgebilde der Konstellationen — ob Europa und Amerika gegen Asien, ob Europa und Asien gegen Amerika, ob die Kolonial- gegen die Kulturländer — das hängt natürlich von den jeweiligen kapitalistischen Interessenkonflikten ab und vom Grade der Entwicklung der Gesamtkrise. Auch auf welcher Seite dann das sogenannte Deutschland stehen wird — bei Sowjetstern oder Sternenbanner — ist prinzipiell belanglos, West- oder Ostpakt, ein verblödendes Schlagwort. — Uns kann vielmehr nur die Frage beschäftigen: Wie muß sich der Aufbau in BO in den kommenden Kriegen auswirken? Stellt er sie nicht etwa vor Aufgaben, die vielleicht doch die Notwendigkeit irgendeines Sondergebildes (Partei, Antimilitaristischer Bund oder dergleichen) demonstrieren würde? Diese Frage ist zu verneinen. Die Betriebsorganisation, die heute bereits ihre praktische Notwendigkeit zur Erfassung [illegible] nicht im Betriebe Stehenden beweist (denn selbst die [illegible] nisierten Erwerbslosen verlangen einerseits nach [illegible] lungen zur ständigen Fühlungnahme mit ihren Sch[illegible] nossen vom Nachweis und lehnen andererseits die [illegible] werkschaften völlig ab) — diese BO vermag auch die [illegible] tionären Aktionen während eines Krieges zu organisi[illegible] **kommt nur darauf an, ihr Prinzip nicht schematisch [illegible] wenden, sondern sie in ihrer wirklichen Bedeutung [illegible] thode zu begreifen.** Die Brauchbarkeit der Fabrik-[illegible] Nachweis-BO beruht doch darauf, daß sie den Klassen[illegible] satz ökonomisch und nicht in seiner bloßen ideolo[illegible] Folgeerscheinung erfassen (wie die Parteien, die ihrer [illegible] nach auf der rein-ideologischen Basis des Parlament[illegible] beruhten — ob sie sich auch im Selbstwiderspruch [illegible] „antiparlamentarisch" gebärden, wie früher die KP, heute [illegible] die KAP). Wie aber läßt sich der Krieg unmittelbar [illegible] nomisch erfassen? Es ist selbstverständlich, daß die [illegible] normale Produktion im heutigen und gar im komm[illegible] Massen- und Industriekriege mehr und mehr st[illegible] sein wird. Alles arbeitet für den Heeresbedarf [illegible] selbst dieser läßt sich nur mit Mühe befriedigen, da der [illegible] tigste Teil der Produzenten — die arbeitsfähigen M[illegible] zwischen 18 und 50 Jahren — an die Front geworfen w[illegible] Ist es also auch ohne Frage immer eine revolutionäre A[illegible] der Betriebsorganisationen, zum Generalstreik, insbeso[illegible] der Heeres- und Verkehrsbetriebe, zu schüren, so [illegible] dieser doch seinen rein defaitistischen, pazifistischen und [illegible] im Erfolg bloß negativen Charakter erst dann, wenn [illegible] einer Aktion des bewaffneten Proletariats im Heere H[illegible] Hand geht. Es muß jedoch anerkannt werden, daß die [illegible] kriegsaktionen der Jugend 1916 und 1917 (Streik gegen [illegible] Sparzwang für Jugendliche, Jugend-Munitionsarbeite[illegible] usw.) einen durchaus revolutionären Charakter trugen, [illegible] auch die Verbindung des Spartakusbundes mit der Fro[illegible] mals noch sehr schwach sein. Freilich wäre es wieder [illegible] Trugschluß, aus diesen Kämpfen etwa die Notwendigkeit [illegible] ständiger Jugendorganisationen ableiten zu wollen. Denn [illegible] Jugend von 1916 kämpfte ja gerade nicht für ihre beson[illegible] Rechte als Jugendliche, sondern sie kämpfte Schulter [illegible] Schulter mit den klassenbewußten älteren Genossen ihre[illegible] triebes als derjenige Teil des Gesamtproletariats, der [illegible] nicht in den Waffenrock gesteckt worden war und dam[illegible] der Lage und willens war, den militärischen Produktions[illegible] entscheidend zu erschüttern, und der ferner gerade noch [illegible] durch die Erstarrung in der damaligen Sozialdemokrat[illegible] Partei oder die Versimpelung in einer heutigen „kom[illegible] schen" Tanz- und Wanderjugend seiner ökonomischen Se[illegible] besinnung beraubt war. Vermochten indessen die dam[illegible] Aktionen nicht sofort Widerhall an der Front zu finden, [illegible] das an der Unlebendigkeit der Parteiideologie, die nach [illegible] jahrzehntelangen autoritären Verblödung in allen Köpfen [illegible] Kein Mensch dachte daran, die militärischen Formationen [illegible] solche durch Räte von unten auf zu erfassen. Man beg[illegible] sich vielmehr mit der äußerst schwierigen Arbeit einer [illegible] ideenmäßigen Beeinflussung von oben durch Flugblätter [illegible] Broschüren — als Gegenaktion gegen die Methoden der [illegible] terlandspartei". Hier zeigt sich also wieder die unbe[illegible] Notwendigkeit, den Betriebsorganisationsgedanken sinn[illegible] auf die militärischen Verhältnisse anzuwenden (Soldaten[illegible] Denn darin lag ja wesentlich das Scheitern des deutschen [illegible] volutionsversuchs von 1918 begründet, daß der Funke des [illegible] standes zwar auf die ganz kleinbürgerlich lebenden Etap[illegible] truppen, nicht aber auf die Frontsoldaten übersprang, so [illegible] diese nachher als blutiges Instrument der Gegenrevolution [illegible] braucht werden konnten. In der Etappe leistet ja die [illegible] liche Produktionsarbeit das Proletariat des eroberten L[illegible] und die Insassen der Gefangenenlager. Die Soldaten der [illegible] satzungsarmee dagegen stellen eine aristokratische Obers[illegible] dar, deren Tagesinteressen sowohl denjenigen der Fron[illegible] daten hüben und drüben, wie denen der unterworfen[illegible] [illegible]

## Der historische Materialismus

(Fortsetzung.)

**Das gesellschaftliche Sein bestimmt den Geist.**

Die Wissenschaft ist ein wichtiges Gebiet des Geistes. Die Kapitalistenklasse, die in den zivilisierten Ländern herrscht, braucht für ihre Betriebe Arbeiter, die nicht ganz ungebildet sind. Darum führte sie für die Proletarierkinder die Volksschulen ein. Die Bourgeoisie braucht solche Arbeiter im Produktionsprozeß, nicht dümmer und nicht gebildeter. Dümmer wären sie nicht vorteilhaft genug, gebildeter zu teuer und zu anspruchsvoll. So wie der moderne Produktionsprozeß bestimmter, sich immer schneller drehender und mehr Produkte liefernder Maschinen bedarf, so bedarf er auch einer bestimmten Art von Arbeitern des modernen Proletariats, das sich von früheren Arbeitern unterscheidet. Der Produktionsprozeß [illegible]

[illegible] rechtzuerhalten und zu schützen? Ist ihnen ihre spezifische Denkweise nicht von der bürgerlichen Klasse eingegeben und entspringt ihr Denken nicht dem Produktionsprozeß, der diese Klassen erzeugte? Setzt nicht die Staatsbürokratie, der Parlamentarismus bestimmte Eigentums- und Klassenverhältnisse voraus, die nach innen gegen andere Klassen nach außen gegen andere Völker geschützt werden müssen? Ist nicht die Regierung nur der Zentralausschuß der Bourgeoisie, der das Eigentum und die Interessen der Bourgeoisie verteidigt? Sie selbst und das Wissen, die Kenntnisse, die sie zu diesem Zweck besitzt, entspringen den gesellschaftlichen Bedürfnissen, den Bedürfnissen des Produktionsprozesses und des Eigentums. Die Kenntnisse ihrer Mitglieder dienen zur Aufrechterhaltung der bestehenden Produktions- und Eigentumsverhältnisse. [illegible]

[illegible]

## Betriebsrätewahlen

[illegible]

dem Betriebsrätegesetz erstarrten und verzerrten Gedanken der revolutionären Betriebsräte, für den die Märzkämpfer gefallen sind, unverzüglich wieder aufgreifen und ihn mit aller Kraft realisieren. Die Gewerkschaften, die noch nie revolutionäre Interessen des Proletariats vertreten konnten und wollten, sind unfähig, irgendwie dem Proletariat politisch zu seinem Rechte zu verhelfen und führen es wirtschaftlich in den Abgrund. Die Parteien sind zu einem unerläßlichen Bollwerk der heutigen Machthaber geworden und haben dem Proletariat jede eigene Initiative genommen. Sie sind für die bürgerliche Demokratie der Militarismus geworden und ersticken jede Freiheitsregung ihrer Mitglieder. Von dem Untergangsstrudel der bürgerlichen Gesellschaftsordnung erfaßt, kann die unterdrückte Klasse sich nur noch durch die direkte Aktion von allen Fesseln befreien. In den Betrieben, auf den Arbeitsnachweisen, überall dort, wo sie direkt ihr Klassenschicksal empfangen und erdulden, da haben sie sich auf breitester Grundlage zum Zweck des Sturzes der heutigen Gesellschaftsordnung zu organisieren und ihr Schicksal selbst zu meistern. Im Betriebe liegen die Wurzeln ihrer Kraft. Und die Kraft des Proletariats, die heute noch in der Lage ist, eine ganze Klasse von Ausbeutern ein Drohnendasein leben zu lassen, diese Kraft wird imstande sein, das Proletariat nach Ueberwindung aller Partei-, Gewerkschafts- und Führerbefangenheit einem besseren Leben entgegenzuführen. Als Klasse wirtschaftlich und politisch einheitlich organisiert, wird es nicht mehr in dummen Parlamentsaktionen und wirtschaftlichen Betriebsrätewahlen seine Kraft verzetteln zu brauchen. Da wird es sich nicht mehr um die Gesetze zum Schutze der heutigen Ordnung zu bekümmern haben und sich willig den Paragraphen fügen. Unabhängig von jeglicher Begrenzung seines Willens wird die proletarische Klasse politisch und wirtschaftlich zugleich den Kampf nach allen Seiten hin aufnehmen. Wer will ihr widerstehen?

## Wie sich die Rationalisierung für die Arbeiterklasse auswirkt

Im Bankgewerbe wurde das Personal im vorigen Jahre von 61 400 auf 49 900 Personen abgebaut. Das sind rund 11 500 Angestellte. Im Jahre 1923 waren es etwa 150 000 Angestellte, so daß der wirkliche Abbau seit 1923 100 100 Personen beträgt. Ob sich noch ein weiterer Abbau notwendig macht, kann erst nach Erledigung der Aufwertungsarbeiten beantwortet werden. Jedenfalls steht heut schon fest, daß noch ein ganz erheblicher Teil von Angestellen abgebaut werden wird im Interesse der Sicherheit der Banken. Das Gespenst der Arbeitslosigkeit zieht immer weitere Kreise in seinen Bann. Sämtliche Kreise sind heut den wirtschaftlichen Schwankungen unterworfen. Der Unternehmer kann keinen Unterschied mehr machen zwischen einem Hand- oder Kopfarbeiter. Bei ihm sind beide nur Ausbeutungsobjekte, die seinen Profit vergrößern. Hand- wie Kopfarbeiter müssen erst begreifen lernen, daß sie zusammengehören, daß sie es sind, die der Gesellschaft das Leben erhalten und den Drohnen der Gesellschaft ein sorgenloses Schmarotzerdasein ermöglichen.

## Vorschlag eines Arbeitslosen zur Wiederankurbelung der Wirtschaft

Dem Hungerkünstler Jolly, der das bisher in den Elendsquartieren von Berlin N und Berlin O regellos und durchaus unsportlich betriebene Hungern zur Kunst erhoben und damit gesellschaftsfähig gemacht hatte, ist in kurzer Zeit eine so große Konkurrenz erstanden, daß sich der Berliner Polizeipräsident genötigt gesehen hat, das Hungern als Kunst zu verbieten.

Ein gutgläubiger Genosse von einem Berliner Arbeitsnachweis hofft, daß nun auch endlich gegen den Hungerunfug der Arbeits- und Obdachlosen, die nicht mal Künstler auf diesem Gebiete sind, von Staats wegen vorgegangen wird. Er hat einen Gesetzentwurf ausgearbeitet, dem über den oben gekennzeichneten Zweck hinaus die Bedeutung zuzusprechen ist, ein wirklich konsequenter Versuch der Lösung des Arbeitslosenproblems zu sein.

Der Entwurf lautet:

§ 1. Alle über 40 Jahre alten Volksgenossen, die mindestens jahrzehntelang werktätige Arbeit geleistet haben und durch die Rationalisierung der Wirtschaft die Arbeitsnachweise unnütz bevölkern, sollen, da sie nur noch als Hemmnis und Ballast im Produktionsprozeß angesehen werden können, von jetzt ab von jeglicher Arbeit befreit werden.

§ 2. Alle über 40 Jahre alten Volksgenossen, die trotz ununterbrochener Tätigkeit im Produktionsprozeß keine Ersparnisse oder Kapitalien ansammeln konnten, oder aber deren Ersparnisse infolge des Krieges und der Inflation verloren gingen, haben ohne viel Geräusch und Getue freiwillig von der Bildfläche zu verschwinden. Nur Volksgenossen mit wirklich gut gefüllter Börse oder Kleptomanisten ist ein weiteres Verbleiben in dieser Gesellschaft erlaubt.

Sollte sich das Parlament der Einsicht verschließen, daß dieser Vorschlag in höchstem Maße geeignet ist, die Wirtschaft wieder anzukurbeln, wäre zu empfehlen, auf dem jetzt so beliebtem Wege des Volksentscheids die Annahme dieses Gesetzes zu erzwingen.

## Hut ab vor der weißen Armee!

Die KPD gibt sich die größte Mühe, möglichst bald auf dem Friedhofe zu Amsterdam in allen Ehren beigesetzt zu werden. Klassenbewußte Proleten, die heute noch dieser KPD angehören, rebellieren. Um so zahlreicher sind die Verblödungsspritzen, die von den Komintern und von der Zentrale der Masse verabfolgt werden. Zweck: Immunisierung vor ultralinken, KAPistischen und unionistischen Tendenzen. Prompt reagieren auf die Spritzen die Parteischäflein — nicht alle, nur die Unentwegten.

Der „Sächsischen Arbeiter-Zeitung", dem Organ der KPD Westsachsens, entnehmen wir folgenden Bericht:

„Ein dreifaches Rot-Front" den zukünftigen Kameraden der Roten Armee. Die Roten Frontkämpfer, Lager Zeithain, veranstalteten am Sonntag, den 28. Februar, einen Werbetag. 11 Uhr vormittags rückten die Großenhainer Kameraden mit ihrer Martinskapelle unter den Klängen der „Internationale" ein. Nachdem die Ortsgruppen Mühlberg, Oschatz und Riesa-Gröba mit ihrem Spielmannszuge unter flottem Spiel eingetroffen waren, setzte sich nach kurzer Begrüßung ein ansehnlicher Demonstrationszug mit zahlreichen roten Fahnen, Schildern gegen die Fürstenabfindung und einem Galgen mit der Aufschrift: „Hoch die Fürsten!" unter starker Beteiligung der Einwohnerschaft in Bewegung. Als der Zug an der Kaserne vorbeizog, brachte Kamerad Hartmann auf die Reichswehr als unseren zukünftigen Kameraden in der Armee ein dreifaches „Rot Front" aus. Freundliches Winken von seiten der Soldaten war die Antwort. Um dieselbe vor weiterer roter Gefahr zu schützen, wurde von den Offizieren über die gesamte anwesende Wachkompagnie, so lange die Roten Frontkämpfer auf der Straße sich befanden, Stubenarrest verhängt."

Nieder mit den „Ultralinken"! Nieder mit der „konterrevolutionären Union!" Ein dreifaches „Rot Front" der weißen Noskearmee — den zukünftigen Kameraden der Roten Armee! — Das sind die neuen Parolen der „einzigen Arbeiterpartei".

Merkst du noch nicht, wohin die KPD segelt, KPD-Genosse?

## Kritik der KAP-Mitglieder an der Taktik ihrer Bonzen

Die jämmerliche Hilflosigkeit der KAP-Füchse, denen der süße Happen der glattweg überzuschluckenden KP-Opposition leider entgangen ist und die nun mit dem Ton des Biedermannes versichern, die Trauben seien ihnen zu sauer — wird natürlich auch in den eigenen Reihen der KAP-Mitglieder aufs schärfste verurteilt. Da die Lügenberichte im „Kampfruf" und in der „KAZ" obendrein nicht nur auf einen harmlosen „Vertrauensbruch", sondern auf einen Bruch des ausdrücklich gegebenen Wortes beruhen, so beginnt man sich darüber klar zu werden, was man von der Ehrlichkeit aller scheinheiligen Beteuerungen der Programmfestigkeit in Wahrheit zu halten hat. Könnte eine Parteiclique, wie der Hauptausschuß der KAP, jemals der organisatorische Ausdruck des wirklichen Willens der Mitglieder sein, so wäre eine derartige bramarbasierende Ohnmacht und Unsicherheit, die sich hinter methodologischer Prinzipienreiterei nur versteckt, praktisch unmöglich.

Uns liegt der Brief eines KAP-Genossen vor, in dem er bedauert, nicht selbst an jener Sitzung mit der KP-Opposition habe teilnehmen können, und ausdrücklich versichert, daß die Sabotagepolitik der KAP-Bonzen seine völlige Mißbilligung finde. Sie fühlen sich an die Wand gedrückt und räsonieren nun über „politische Hosenmätze".

Aber auch von auswärts kommen bereits Stimmen, die sich scharf gegen die KAP-Instanzen aussprechen, weil diese durch ihre unmögliche Taktik den klassenmäßigen Zusammenschluß des Proletariats hemmen, statt ihn zu erzwingen. Gerade weil es sich in dem angestrebten Kartell um rein proletarische Organisationen handelt — ohne Hintermänner in Moskau oder Genf —, die alle durch genau das gleiche revolutionäre Ziel der wirklichen Klassendiktatur verbunden sind und sich auch sämtlich in der antirevisionistischen, antileninistischen Auslegung der marxistischen Methode zusammenfinden, gerade darum kann ihr Zusammenschluß nur zur Klärung der Organisationsfragen, nicht zu ihrer Verwischung dienen. „Schwerwiegende Trennungen sind nicht vorhanden," schreibt uns wörtlich ein AAU-Genosse aus Mülheim-Ruhr, und fährt fort: „Für Rivalitätsgeplänkel habe ich wenig Interesse." Und gerade diese Uebereinstimmung der Mitglieder, die für alte schematischen Formen und Ideologie ihrer Organisation gar kein inneres Verhältnis mehr haben und sich nur aus begreiflichen Gründen scheuen, zum soundsovielten Male das Mitgliedsbuch zu wechseln — dieser gilt es nachzugehen, nicht sie zu ignorieren. Es muß die Form positiver Mitarbeit ermöglicht werden in einem Bündnis, das der sich regenden, praktischen Selbstkritik angepaßt ist, das niemand zum abermaligen Abschwören seiner Statuten zwingt und doch in Theorie und Praxis durchaus auf rücksichtslose Kritik eingestellt bleibt. Nur dann kann die Aufgabe jeder nicht bonzenmäßigen Organisation erfüllt werden: den revolutionär eingestellten Mitgliedern ständig gerecht zu werden, damit sie nicht, eben wegen ihrer revolutionären Einstellung endgültig aus den erstarrten Organisationen (Gewerkschaften und Parteien jeder Art) abspringend, der Revolution verloren gehen. Wir glauben nach den uns bereits jetzt zugehenden Meinungsäußerungen von KAP-Mitgliedern, daß in dieser Beziehung die Parteigötter ihrer eigenen Organisation einen schlechten Dienst geleistet haben.

Ueber die Taktik der KAP-Strategen bei ihren neuerlichen Rückzugsgefechten werden wir noch in der nächsten Nummer zu melden haben.

## Aus dem Ausland

Vermittelt durch „Ino".

**Amerika.**

Zwei Kompagnien der Miliz des Staates Indiana liegen in der Nähe der Stadt Evansville im Feldlager bereit, um sofort gegen die organisierten Kohlengräber zu Felde zu ziehen, sobald diese den Versuch unternehmen, Streikbrecher aus den Gruben des Distrikts fernzuhalten. Zwei Armee-Aeroplane fliegen andauernd über das Kohlengebiet, auf der Ausschau nach dem „Feind", in Gestalt der um bessere Arbeitsverhältnisse streikenden Kohlengräber. Außer Flinten und Kanonen haben die Truppen auch Gasbomben gegen die Arbeiter bereit.

Wie die Zahl der in der Industrie beschäftigten Arbeiter immer mehr zurückgeht durch die Einführung und Vervollkommnung der Maschinen, zeigt uns eine Statistik des „Bundes-Zensus-Büros". Von 1914 bis 1923 fiel die Zahl der in der Zigarren- und Zigarettenindustrie beschäftigten Arbeiter von 152 000 auf 130 000, obgleich die Produktion von Zigarren die gleiche blieb und die der Zigaretten sich fast verfünffachte. In Prozenten ausgedrückt, fiel die Anzahl der Arbeiter um 15 Prozent, die Gesamtlöhne stiegen um 58 Proz., während die Produktion um 145 Proz. stieg. Der Anteil der Arbeiter an den von ihnen erzeugten Werten fiel von 37 Proz. im Jahre 1914 auf 24 Proz. im Jahre 1923. Auf die Cigarmakers Int. Union wirkte dies durch eine Abnahme der Mitgliedschaft von 39 400 im Jahre 1915 auf 23 500 im Jahre 1925 ein. Die Massenproduktion sichert den Unternehmungen gewaltige Profite. Aus diesem Grunde wendet man sich immer mehr der Benutzung der Maschine zu. So bestellte z. B. die „General Cigar Company", die zurzeit 432 Maschinen in Benutzung hat, weitere 100 Maschinen.

*

Die Verquickung der amerikanischen Gewerkschaftsbürokratie mit dem Faschismus macht immer weitere Fortschritte. Daß Gompers, der der von schwerindustrieller Seite gegründeten, die „Klassenharmonie" erstrebenden „Civic Federation" angehörte, ist bekannt. Jetzt erfährt man, daß der Gewerkschaftsführer Berry Mitglied der Amerikanischen Legion ist. Wie lange wird es noch dauern und die reaktionäre A. F. o. L. (Amerikanische Federation of Labor) landet beim Ku-Klux-Klan, der jetzt wieder von sich reden machte dadurch, daß er sich gleichfalls gegen die Darwinsche Lehre als „atheistisch und anarchistisch" wandte und damit den Hinterwäldler Bryan nachäffte, der ja seinen unsterblich lächerlichen Affenprozeß nicht lange überlebt hat.

**China.**

Der folgende Artikel ist ein Brief an die „Canton Gazette" von einem Chinesen, in welchem der Einfluß der Missionare, die von Amerika und anderen Kapitalisten nach China gesandt werden, erörtert wird. Die Chinesen beginnen allmählich einzusehen, daß, obgleich die Missionare kommen, um „Liebe, Gleichheit und Freiheit" zu predigen, ihre praktische Tätigkeit darin besteht, gute Sklaven aus den Chinesen zu machen und sie durch Furcht zur Unterwerfung unter ihre kapitalistischen Herren zu zwingen, die direkt hinter den Missionaren folgen und Fabriken im Schatten der Kirchen errichten.

An die Redaktion der „Canton Gazette".

Mein Herr! Nachdem ich den Artikel über „Christentum und Chinas Demütigung", der in Ihrer Zeitung vor einiger Zeit erschien, gelesen hatte, war ich so ergriffen, daß ich mir nicht anders helfen kann, als daß ich meine Meinung in bezug auf das Uebel Christentum in China zum Ausdruck bringe.

Vor über 340 Jahren wurde das Christentum von fremden Missionaren nach China gebracht. Ein Herr Morrison ist vermutlich der erste protestantische Missionar gewesen, der das Christentum in unser Land einführte. In jener Zeit glaubten sehr wenige Chinesen an das Christentum; aber nach dem Opiumkrieg wurde zwischen China und den fremden Mächten ein Vertrag gemacht, der die Freiheit der Religionsübung fest-

sie international in die Barbarei getrieben werden soll. Er zeigte warum dies der Kapitalismus machen kann, deckte die Handlungsweise der Parteien und Gewerkschaften auf und konnte selbstverständlich auch die KPD. nicht verschonen, deren Redner vorher in seinen Ausführungen erst erzählt hatte, wie Minister Braun von der SPD. und Konsorten in Städten wo sie Besuche abstatten, fressen und saufen, daß ein Mittagessen z. B. 67 Mark kostete, während der Erwerbslose Prolet im Durchschnitt nur 15—18 Mark wöchentlich erhalte. Selbstverständlich mußte hier der Unionsgenosse anknüpfen und an Hand von Tatsachen beweisen, daß die KPD.-Bonzokratie kein Deut besser ist, was an den Freßgelagen die der Herr russische Botschafter in Berlin abhielte, sich deutlich zeige. Erst die reformistische Politik und ihre konterrevolutionäre Handlungsweise aufzeigend, schlug diese Veröffentlichung dem Faß den Boden aus. Alle Felle fortschwimmend sehend, nicht in der Lage, die Ausführungen zu widerlegen, mußte man versuchen dieses „Gift", das die Anwesenden eingespritzt bekammen, wieder auf eine Art und Weise abzureagieren. Also mit der Sprache war man nicht in der Lage und so provozierte man. Stadtverordneter Lang, der noch lange in der SPD. weilte, während die meisten Unionsgenossen schon unter der Führung Karl Liebknechts und Rosa Luxemburgs im Spartakusbund kämpften, glaubte die Sache zu retten, wenn er sagte: Diese Kerle sind Spitzel, sie sagten: sie wollten mich ermorden mit Dolch und Revolver und wenn es in der Wohnung sei. Die Worte, Lügner, Schwindler die ihm mit Berechtigung entgegengerufen wurden, waren das Zeichen für die Prätorianergarde, dem Rollkommando, sich von der Ecke, in der sie während der Versammlung Karten spielten, zu erheben und über die Unions-Genossen herzufallen. Selbstverständlich sind die Unionsgenossen nicht von Pappe, und wo eine her kommt, da kommt auch wieder eine hin. Und so können die Proleten, die auf die Provozierung dieses Bonzen hineinfielen und ihre Hand erhoben, mit Stühlen schlagen wollten, sich bei Lang für ihren Denkzettel den sie für ihr skrupelloses Vorgehen erhielten, beschweren. Auf das Tiefste bedauern wir es, uns gegen Proletarier zur Wehr setzen zu müssen, wir hoffen aber, daß die Betroffenen geheilt sind und sich nicht mehr von solchen provozierenden Redensarten eines Bonzen, der nur Kapital aus ihrem Elend schlägt, verhetzen lassen.

Zu den simplen Ausführungen in der „Arbeiterzeitung" von wegen Ludendorff'scher und SPD.-Tendenz wäre es ja fast überflüssig auch nur noch ein Wort zu verlieren, wenn nicht die große Masse der Erwerbslosen und Notstandsarbeiter in der Versammlung gefehlt hätten. Wenn wir uns auf der Linie des Antiparlamentarismus mit diesem Schobiak treffen, so deshalb, weil dieser Machtmensch erkannt hat, daß er nicht durch das Parlament, sondern nur durch außerparlamentarische Aktionen zum Ziele gelangen kann. Und das wissen auch wir, daß die Arbeiter nicht durch den parlamentarischen Quatsch und Schwindel zur Freiheit kommen, darum unser Kampf gegen den Parlamentarismus, für die revolutionäre Rätefront. Wäre das Gerede unseres Genossen hohle Phrase gewesen, so hätte bestimmt nicht die Versammlung drei Viertel Stunde mäuschenstill dem Genossen zugehört und seine Weiterrede gefordert, als man ihm von Seiten des Präsidiums hindern wollte. Mit Recht machte er die Versammlung aufmerksam, mit welchen Mitteln sie ihren Kampf führen wollten. Er zeigte ihnen an Hand der Tatsachen, daß er verloren ist, weil sie von Gewerkschaftsseite aus keine Unterstützung erhalten, und auch keine vom Wohlfahrtsamt, wenn sie streiken. Mit Recht betonte er, wenn ihr kämpfen wollt, müßt ihr die geschlossene Front mit den Proleten in den Betrieben und auf dem Arbeitsnachweis herstellen, denn nur indem die Arbeiter die Betriebe verlassen (und mit die Lebenswichtigen) und keine Notstandsarbeit leisten, und sich keine vom Arbeitsamt für Streikbruch zur Verfügung stellen, könnt ihr einen Kampf führen. Wenn er auf die Tatsache hinwies, daß heute kein Kampf mehr mit Geld geführt werden kann, so ist diese Behauptung nur zu richtig, was sich uns in Mansfeld und Nordwest gerade in den letzten Wochen zeigte. Tausende sind in Nordwest auf der Strecke geblieben. Vier Wochen erhalten sie keine Unterstützung. Schutzlos sind diese Proleten dem Elend preisgegeben. Die IAH. war nicht in der Lage allen ein Mittagessen zu geben, weil sie behaupteten, alles nach Mansfeld schikken zu müssen. So sind diese Proleten deprimiert, denn sie haben erkannt, daß sie überall im Stich gelassen wurden, trotzdem in allen Ländern zur Unterstützung von Nordwest aufgefordert und auch gesammelt wurde. Man erklärte ihnen: wir können nicht allen geben, ihr müßt selbst Sammellisten nehmen und hausieren gehen. Daß diese Methoden dazu angebracht sind, die Arbeiter ins faschistische Lager zu treiber, ist uns allen bekannt. Darum unsere Frage an die Proleten: Wie wollt ihr kämpfen? Und wir zeigten ihnen deutlich den Weg und so ist es Freiheit oder Dummheit, wenn man unsere Ausführungen als Phrase bezeichnet. Wie die Phrasen wirkten, das zeigte sich sofort an der Versammlung, als der größte Teil sie verließ und sich über die Gemeinheiten der Bonzen ausließ. Die „Arbeiterzeitung" schafft die Tatsache durch ihre rüpelhafte Schreibweise nicht aus der Welt, daß diese Versammlung eine schwere Niederlage für die KPD.-Bonzen war, von denen sich die denkenden Arbeiter mit Abscheu abwenden.

Den anderen KPD.-Genossen rufen wir aber zu: wir sind jederzeit bereit mit euch sachlich über die Probleme die die Arbeiterschaft bedrücken, zu diskutieren, um euch die Augen zu öffnen, welch schändliches Spiel mit euch getrieben wird.

---


**WER BETRÜGT DIE MASSEN?**

Die neue Werbebroschüre! Gegen die Parteien! Gegen die Gewerkschaften! Gegen den Parlamentarismus! **Jeder muß sie lesen und verbreiten!** Verkaufspreis 10 Pfg. Die Ortsgruppen erhalten 100 Stück für 5.— Mk., 1000 Stück für 45.— Mk. **Bestellt**


**Berlin:**

## Mehr Sachlichkeit, Genossen!

Die Nummer 34 Jahrgang 11 des Kampfrufes", das Organ der AAU., bringt Aufrufe zur Einigung der linksgerichteten Organisationen. Einmal handelt es sich um einen Aufruf an alle Unionen der Bezirke Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen zum einheitlichen Zusammenschluß. Der Vorschlag geht aus von den Ortsgruppen Halle, Weißenfels, Naumburg und Klostermansfeld der AAU.

Außerdem handelt es sich um den Aufruf der Ortsgruppen Frankfurt a. M. der AAU. und der AAUE. Dieser Aufruf ist auch in Nr. 16, Jahrgang 5 unserer Zeitung „Die Proletarische Revolution" erschienen.

Wir wollen in diesem Artikel nun nicht Stellung nehmen zu dem Inhalt und der Art dieser Einigungsaufforderung, sondern wir wollen nur beleuchten, wie man von einer Seite aus dazu Stellung nimmt.

Die Redaktion des „Kampfruf" gibt den Einigungsaufrufen ein Vorwort („Um die Einigung der linken Revolutionäre"), das uns erscheint, als wenn man eine **Beerdigung vorbereiten möchte.** Erst spricht man sehr sachlich eine Kritik aus, daß die Unterzeichner des Aufrufes fehlgehen, wenn sie ihren Aufruf auch an Organisationen gehen lassen, welche auf Grund ihrer Theorie und Praxis wohl nicht mit anderen aufgerufenen Organisationen vereinigt werden können. Doch dann kommt es anders. Anstatt sich nun mit dem Entwurf eines „Programms der revolutionären Klassenorganisation" der Ortsgruppen Frankfurt a. M. zu beschäftigen, bringt man den Beweis, daß die Genossen der AAUE. keine mit ihnen zu vereinende Elemente sind.

Dies macht man folgendermaßen, indem man schreibt: „Die AAUE. wollte Proletarier der verschiedenen Richtungen in einem Rahmen erfassen und ist dadurch zum Tummelplatz syndikalistischer-anarchistischer Spießer geworden. Die AAUE. konnte ihrem jetzt offensichtlichen politischen Zusammenbruch auch nicht durch die breiteste Organisationsbasis entgehen, weil eben ihre Konzessionen an den Anarchismus zwangsläufig die ideologische Verwirrung herbeigeführt haben. Der Vagabundenkönig Geist, der heute in der AAUE. zügellos sich austoben kann, personifiziert nur das Schicksal einer Organisation, die durch opportunistische Einigungsexperimente unweigerlich im Sumpfe eines kleinbürgerlichen Radikalismus landen muß".

„Es war doch gerade de „Einheitsorganisation", die auf solch verblüffend „einfache" Weise das revolutionäre Problem lösen wollte und dabei elend Schiffbruch in politischer Zersetzung erlitten hat!"

„Der erste Schritt der Einigung besteht gerade darin, den bankrotten Einheitsdemagogen der AAUE. das Handwerk zu legen".

Dies ist der Ton wie man von Seiten der Redaktion des „Kampfruf" ernsthaft zu einem Programmentwurf Stellung nimmt. **Diese Stellungnahme richtet die Personen, die so etwas schreiben.** Wir haben es nicht nötig in dieselbe Bahn zu verfallen, aber wir wollen die Genossen auf die **richtige Bahn weisen,** wie man unter Proletarier diskutiert und Diskussionen austrägt und stellen darum folgende Fragen.

Wie stellen sich die Genossen der AAU. zu folgenden Schriftsätzen im Programmentwurf:

1. Die revolutionäre Betriebsorganisation (B. O.) übt bei Wirtschaftskämpfen und Arbeitslosenaktionen Solidarität und versucht mit allen Mitteln, die Illusionen der reformistischen Forderungen zu zerstören und solche Bewegungen vorwärtszutreiben und auszunutzen für die proletarische Rätediktatur.

2. Die revolutionäre Betriebsorganisation ist das föderalistische Gebilde der Klassenorganisation. Alle Mitglieder sind selbständig, niemand außerhalb des Betriebes hat sich in ihre Angelegenheiten einzumischen. In der Betriebsorganisation sind die Mitglieder autonom. Kein Bonze, kein Berufsführer, kein Intellektueller kann in ihre Angelegenheiten hineinsprechen. Aus sich selbst heraus bauen sich die Betriebsorganisationen auf und erledigen mit eigenen Kräften und eigenen Mitteln ihre Aufgaben. Das ist die größte föderalistische Selbständigkeit, die größte Autonomie, die es gibt. Die B. O. ist weder Partei noch Gewerkschaft, sondern Klassenorganisation. Sie trägt keine Arbeitsgemeinschaft, sie schafft keine Unterstützungskassen, sie schließt keine Tarifverträge ab, sie ist lediglich nur eine Stelle der Vorbereitung und Schürung der Revolution.

3. Alle Funktionen sind ehrenamtlich auszuführen. Vergütungen werden nur gegeben bei Lohnausfall, Fahr- und Referentenspesen oder Delegiertenspesen, sowie bei tatsächlichen Materialausgaben.

Wir ersuchen die Redaktion des „Kampfruf" und auch die Mitgliedschaft der AAU. entweder im „Kampfruf" **oder an die aufrufende Stelle in Frankfurt Antwort zu geben.**

Des weiteren wollen wir uns auch noch mit dem Artikel der Charlottenburger Genossen beschäftigen („Ein Blick in das Getriebe der Einheitsorganisation").

Es ist ein altes aber schlechtes Beginnen, wenn man bei einem Meinungsaustausch nicht absolut als Sieger hervorgeht, dann die Organisation meidet, nun aber auch alles Mögliche und Unlautere versucht, **um sich selbst durch die Verdunkelung der Anderen leuchten zu lassen.** Auch in diesem Artikel werden dieselben Behauptungen aufgestellt, wie im Vorhergesagten die Redaktion des „Kampfruf" über die Einigung geschrieben hat. **Wer hat vom anderen abgeschrieben?** Jedenfalls tritt man **die Beweise über die Behauptungen nicht an.** Sind es Beweise von der Schlechtigkeit einer Organisation, wenn man auf Machenschaften von Leuten wie Pfemfert hinweist? Es ist eine Stärke, daß jene **Elemente überwunden wurden.** Man will den Druck des Buches „Leg. Int." als eine Sache hinstellen, welche die Pressekommission im Lichte **einer selbstherrlichen Handlung zeigt,** und die eine anarchistische und pazifistische Einstellung der AAUE. beweist. Nun, ihr Charlottenburger Genossen, die Pressekommission **hat das Manuskript vom April bis Oktober den Ortsgruppen zur Diskussion überwiesen, hat zu Verbesserungen aufgefordert und letzten Endes ist dieses Werk als eine Diskussions- und Verbesserungssache an die Oeffentlichkeit gegangen.** Wenn man schreibt, daß ein Spiegelbild jener nun verdammten Organisation unsere Zeitung „Die proletarische Revolution" ist, die alle Tendenzen erkennen läßt, so sagen wir, mögen **diejenigen,** welche die Zeilen der Charlottenb... Genossen im „Kampfruf" lesen, **durch Lesen unserer Zeitung und Schriften sich selbst überzeugen, wie sich die Nichtigkeit der Anklagen der Schreiber erweisen.**

Wenn nun heute die Charlottenburger Genossen von uns scheiden, so sehen wird den Grund darin, daß diese schwierige politisch-wirtschaftliche Situation vermocht hat, bei den Diskussionen gleichgesinnte Kräfte **die verderbende Unsachlichkeit auszuschalten.**

(Dieser Zuschrift muß die Redaktion hinzufügen, daß es nicht unerwähnt bleiben darf, daß die Redaktion des „Kampfruf" den Hauptteil des Materials zur Einigung, nämlich die Thesen zu den Bewegungsgesetzen des Kapitalismus und der Notwendigkeit der Klassenorganisation, die eine Kollektivarbeit der Frankfurter AAU.- und AAUE.-Genossen sind, nicht veröffentlicht hat. Wir müssen von der Kampfrufredaktion fordern, daß sie diese Thesen jetzt zum Abdruck bringt, da deren Inhalt jeden Unionsgenossen die Haltlosigkeit der Behauptung, die AAUE schwimme im Fahrwasser syndikalistisch-anarchistischer Tendenzen widerlegt. Dann sei noch besonders darauf hingewiesen, daß die Herausgabe der Leg... überhaupt nichts mit der Pressekommission zu tun hat, sondern eine Angelegenheit der Frankfurter ... gruppe ist. Wir aber empfehlen dringend allen Unionsgenossen, auch diese Broschüre genau zu studieren; sie werden feststellen können, daß die Anzapfungen auch in dieser Sache haltlos sind, nur dazu dienen, die Vereinigung hinauszuschieben. Die Red.).

**Berlin**

## eröffnet die Anti-Wahl-Aktion

Im gegenwärtigen Wahlkampf hat die Berliner Union ihr Hauptbetätigungsfeld auf die Haus- und Betriebspropaganda gelegt. Am Sonntag, den 17. August haben wir mit der Bearbeitung des Berliner (...) begonnen und hat insbesondere die KPD. auf unsere Antiwahlpropaganda reagiert. Die Propagandakolonnen bearbeiteten nämlich zu gleicher Zeit die Proleten in den Wohnungen und stießen dabei auch auf unseren Agitationstrupp. Als auf einem Hof in der ...straße unser Redner gerade geendet, hatte sich mittlerweile schon ein Dutzend KPDisten zusammengefunden. Einer rief: Arbeiter, kauft die Wahlfondsmarken der KPD! Wählt Liste 4! — Und im Nu stürzten die Helden hinter uns auf den Treppenaufgängen, um zu zweit und zu dritt her um ihre Gegenpropaganda zu betreiben. Der dickste Schwindel wurde den Proleten in unserer Anwesenheit erzählt, z.B.: „Das ist eine ganz neue Partei, die wurde eben erst gegründet und hat sich von der KPD. abgespalten." Selbstverständlich wurden diese Märchen von unseren Genossen sofort richtiggestellt unter dem jämmerlichen Protest der KPDisten. Die Proletarier verlangten einfach unsere Zeitung, obwohl ihnen gesagt wurde, wir wären konterrevolutionäres Gesindel usw. Ein Haus weiter war der Trupp der KPDisten auf gut zwei Dutzend angewachsen. Nach der äußerst sachlichen Ansprache eines unserer Genossen an die Hausbewohner, fingen die KPD.-Redner an zu krakelen gegen uns — in der gemeinsten Art und Weise —, mit dem einzigen Erfolg, daß die Proleten verstärkt unsere Zeitung kauften und sich über das Geschimpfe der KPDisten sogar abfällig äußerten.

Eins haben wir feststellen können: **Die Proleten haben mit Interesse den Ausführungen unseres Redners gelauscht und ist uns um den Erfolg am 14. September nicht bange.**

**Das Heer der Nichtwähler aus Erkenntnis wird und muß wachsen und wird sich formieren zur revolutionären Klassenaktion in den Betrieben!**

**Trotz des Gezeters aller Diätenschlucker!**

## Achtung! An alle Leser und Gruppen.

Wir machen die Einzelbezieher unserer Zeitung darauf aufmerksam, daß wenn Zahlungsforderungen beigelegt werden, dies allgemein geschieht wegen Arbeitsersparnis. Die Genossen, welche bezahlt haben, sind nicht genötigt, sich deswegen extra an uns zu wenden, da wir es genau so gut wissen als sie. Des weiteren bitten wir alle Einzelleser, soweit sie sich bereit erklären, Antiwahlpropaganda zu machen, sich an uns zu wenden.

Gruppen teilen wir mit, daß Abrechnungen über geleistete Solidarität usw. in der nächsten Nummer erscheint und Berichte die früher schon gesandt wurden, können, nicht auf die letzte Minute zu senden, da unsere Zusammenstellung über den Haufen werfen.

Mit dem Versand der Zeitung beginnt der Versand der Wahlflugblätter und Plakate. Wünsche und Bestellungen in dieser Sache sofort noch aufgeben. Die nächste Nummer 19 erscheint nochmals als Antiwahlnummer und kommt ein paar Tage früher zu Versand.

---


**Bestellzettel.**

Unterzeichneter bestellt hiermit bis auf weiteres

**Die „Proletarische Revolution"**

**Organ der Allgemeinen Arbeiter-Union (Einheitsorganisation)**

per Streifband — Halbjahres-Abonnem. 1.95 M. — Erscheint alle 14 Tage

Name: ..............................

Wohnort: ..............................

Straße: ..............................

Bestellzettel in offenem Kuvert als **Drucksache an Willy Schwab, Frankfurt a. M.-Ginnheim, Prächterstr. 20** einsenden!

Bitte deutlich mit Bleistift ausfüllen



Verantwortlicher Redakteur und Herausgeber: Wilhelm Schwab, Verlag: Allg. Arb.-Union (Einheitsorganisation) Ortsgruppe Frankfurt a. M., Druck J. Wartenberg, sämtlich in Frankfurt a. M.



# SPARTAKUS

## ORGAN DES SPARTAKUSBUNDES (Politisch-wirtschaftliche Einheitsorganisation)

Nr. 1 — 1. Jahrgang | November 1926 | Preis 10 Pfennig


# Programm des Spartakusbundes

Mit Nachstehendem veröffentlichen wir Teile aus dem Referat, das Genosse Franz Pfemfert auf der ersten Reichskonferenz des „Spartakusbundes, politisch-wirtschaftliche Einheitsorganisation", am 21. November 1926 zu Göttingen über unser Programm gehalten hat. Der vollständige Text wird, gemäß dem einstimmig gefaßten Beschluß der Konferenz, als Einleitung zu den Richtlinien unseres Bundes in Broschürenform gedruckt.

Genossinnen und Genossen! Nachdem wir vorgestern und gestern daran gearbeitet haben, die letzten organisatorischen Abgrenzungen zu beseitigen, die zwischen den Genossen von der KP (Linken) und denen von der AAUE vorhanden waren; nachdem wir uns nun gestern in der politisch-wirtschaftlichen Einheitsorganisation „Spartakusbund" zusammengeschlossen haben, um gemeinsam dahin zu arbeiten, daß sich der revolutionäre Teil unserer Klassengenossen in eine Front mit uns finde zum Kampf gegen die Bourgeoisie, nachdem wir einstimmig unsere Richtlinien festgelegt haben", erfülle ich nun euren Auftrag, zu unserem Programm zu sprechen.

Unser Programm ist weder seinem Inhalt noch seiner Entstehung nach ein Parteiprogramm. Es ist von unten auf entstanden, es gibt die Erkenntnisse der Mitglieder des Spartakusbundes wieder. Es ist nicht von Führern ausgeklügelt und den Mitgliedern aufgezwungen worden.

Genossinnen und Genossen! In seinem Referat zur wirtschaftlichen und politischen Weltsituation hat Genosse Katz eingehend gezeigt, daß die Krise, in der sich der Weltkapitalismus befindet, die **Todeskrise** des auf Profitwirtschaft aufgebauten Wirtschaftssystems ist. Genosse Katz hat all die Redensarten von „Stabilisierung" und „teilweiser Stabilisierung" als leeres Geflunker enthüllt. Unser Programm zieht die Folgerungen aus der ökonomischen Situation der Bourgeoisie und aus der Situation, in der sich das Weltproletariat und besonders das deutsche Proletariat befindet.

„Die Geschichte aller bisherigen Gesellschaft ist die Geschichte von **Klassenkämpfen.**" Dieser nie widerlegte und unwiderlegbare Leitsatz, mit dem das „Kommunistische Manifest", die Geburtsurkunde der modernen kommunistischen Arbeiterbewegung beginnt, muß heute eindringlicher denn je der proletarischen Klasse zu Bewußtsein gebracht werden. In der Epoche des sich aufwärts entwickelnden Kapitalismus blieb diese grundlegende marxistische Erkenntnis theoretische **Wissenschaft.** Heute, in der Epoche der sozialen Weltrevolution, ist sie **Aufruf zu revolutionärer Tat.** Mußte das „Kommunistische Manifest" noch sagen: „Die ganze Gesellschaft spaltet sich mehr und mehr in zwei große, feindliche Lager", so ist diese Spaltung jetzt **vollendet.** Die beiden Lager, Bourgeoisie und Proletariat, stehen sich zum Entscheidungskampf auf Tod und Leben gegenüber. Der Zeitpunkt, den das „Kommunistische Manifest" voraussagte, wo „die Bourgeoisie unfähig ist, noch länger die herrschende Klasse der Gesellschaft zu bleiben und die Lebensbedingungen ihrer Klasse der Gesellschaft als regelndes Gesetz aufzuzwingen", dieser Zeitpunkt ist da. Um eine Klasse unterdrücken zu können, müssen dieser Klasse Bedingungen gesichert sein, innerhalb derer sie wenigstens ihre knechtische Existenz fristen kann. Heute ist die Bourgeoisie unfähig, zu herrschen, „weil sie unfähig ist, ihrem Sklaven die Existenz selbst innerhalb seiner Sklaverei zu sichern, weil sie gezwungen ist, ihn in eine Lage herabsinken zu lassen, wo sie ihn ernähren muß, statt von ihm ernährt zu werden". Waren Reformismus und Opportunismus schon immer Abkehr, Ausweichen vom Klassenkampf, so bedeuten sie nunmehr den offenen, bewußten Verrat an der Klasse der Ausgebeuteten.

Genossinnen und Genossen! Das Zeitalter der „Sozialreform" ist endgültig vorbei. Im Zeitalter der Sozialreform konnte der Arbeiter noch wähnen, auf friedlichem Wege, **ohne** revolutionären Klassenkampf seine Lage verbessern zu können. Der Kapitalismus hatte in seiner Blütezeit diesen Wahn absichtlich genährt und sich den **Luxus** des Liberalismus geleistet. Liberalismus bedeutet scheinbares Abweichen von den reinen Klasseninteressen. Das Steigern der Bedürfnisse des Proletariats war lebensnotwendig für den Kapitalismus, als er noch eine unbedrohte Herrschaft ausübte. Durch bestimmte bürgerlich-liberale Ideologien beeinflußte er das Proletariat sogar, in reformistischem Sinne für den Aufstieg der Arbeiterklasse zu kämpfen.

Mit dem Beginn des Weltkrieges ist das Zeitalter der sozialen Weltrevolution angebrochen.

Die Proletarier, die sich in der politisch-wirtschaftlichen Einheitsorganisation „Spartakusbund" zusammengeschlossen haben, betrachten es als den Hauptpunkt ihres Programms, alles zu tun, damit zu den von der historischen Entwicklung geschaffenen **objektiven** Voraussetzungen für den Sturz der kapitalistischen Welt und die Errichtung der kommunistischen Gemeinwirtschaft auch die **subjektiven** Voraussetzungen geschaffen werden: eine ihrer historischen Aufgabe bewußte Front der revolutionären Klasse des Proletariats.

Zu diesen subjektiven Voraussetzungen rechnet der „Spartakusbund":

**die Erkenntnis, daß alle alten Organisationsformen des Proletariats für die soziale Revolution unbrauchbar sind;**

die Erkenntnis, daß es in dieser Untergangsepoche des Kapitalismus keine Trennung zwischen wirtschaftlichen und politischen Aufgaben des Proletariats geben kann; daß das Arbeitslosenheer ein politischer und wirtschaftlicher Faktor ist; daß der Bürgerkrieg, den die Bourgeoisie mittels Rationalisierung, Fordsystem, Stillegung der Betriebe usw. gegen das Proletariat führt, eine politisch-wirtschaftliche Aktion ist; daß es sich in der sozialen Revolution nicht darum handelt, **nur** die politische oder **nur** die wirtschaftliche Diktatur des Klassengegners zu stürzen und **nur** die politische oder **nur** die wirtschaftliche Macht zu erobern, sondern daß die soziale Befreiung ein einheitlicher politisch-wirtschaftlicher Akt ist; daß deshalb schon heute, bei der Frontbildung für die Lösung der Aufgabe, die Zweiteilung, der Dualismus: politische Partei und wirtschaftliche Organisation, ein Hemmnis darstellt; daß deshalb **alle** politischen Parteien zu zerstören sind und auch die reinwirtschaftlichen Verbände, mögen sich die letzteren auch parteilich gebärden oder unter Vormundschaft und Leitung von nichtparlamentarischen Parteien stehen;

die Erkenntnis, daß die proletarische Klasse nichts von den Institutionen der kapitalistischen Gesellschaft sich nutzbar machen kann in ihrer Revolution: weder den Staatsapparat, noch die nach bürgerlichem Muster aufgebauten Führerparteien und Führergewerkschaften; daß sie Staat und Parteien und Gewerkschaften zerbrechen und durch die proletarische Waffe der politisch-wirtschaftlichen Einheitsorganisation ersetzen muß;

die Erkenntnis, daß die Uebernahme der „fertigen Staats-, Partei- und Gewerkschaftsmaschinerie" die sichere Niederlage der proletarischen Revolution bringen würde;

die Erkenntnis, daß **jede** parlamentarische Betätigung innerhalb des kapitalistischen Staates, jeder reinpolitische „Kampf" (Straßenparaden, Delegationsentsendung in die Parlamente, Werktätigenkongresse, welche „Forderungen" stellen an die kapitalistische Gesellschaft) und jeder reinwirtschaftliche „Kampf" (Tarifpolitik, Lohnforderungen, Streik um Almosen, Arbeitslosen-Demonstrationen um Kartoffeln, Kohlen usw.), daß die gesetzlichen Betriebsräte, die gesetzlichen Erwerbslosenausschüsse usw. außerstande sind, die trostlose Lage des Proletariats zu verändern, aber die Klasse von dem einzigen Ausweg weglocken, den die Entwicklung zeigt: **den Weg der sozialen Revolution;**

die Erkenntnis, daß die proletarische Klasse in ihrer Revolution vor Aufgaben gestellt ist, wie sie schwerer keiner Klasse in früheren Revolutionen gestellt waren;

die Erkenntnis, daß angesichts der Schwere der Aufgaben und angesichts der Tatsache, daß die revolutionäre Avantgarde des Proletariats sich nicht auf Schichten anderer Klassen wird stützen können, das bürgerliche Führerwesen, die Bevormundungsorganisationen, welche die Eigeninitiative und Verantwortung den Massen abnehmen und Unselbständigkeit im revolutionären Handeln erzeugen, zu verwerfen sind, da nur so die Befreiung der Arbeiterklasse möglich wird, eben als Werk der Arbeiter selbst.

Genossinnen und Genossen! Die im „Spartakusbund" organisierten Hand- und Kopfarbeiter knüpfen mit ihrem Programm bewußt an an die Lehren von **Karl Marx, Rosa Luxemburg, Karl Liebknecht** und **Lenin** (es ist selbstverständlich, daß wir den späteren Staatsmann Lenin, den Lenin der „Kinderkrankheiten" **ablehnen);** wir knüpfen an an die Lehren der glorreichen russischen Oktoberrevolution, die uns stets mahnendes Beispiel in unserem Kampfe bleiben wird, wir knüpfen an an die Lehren des deutschen November 1918.

Die im „Spartakusbund" vereinten Arbeiter haben aus der Geschichte des Proletariats, die eine Geschichte schwärzesten Verrats, der Täuschung und des Betruges darstellt, gelernt und sind gewillt, aus den bitteren Erfahrungen für sich und ihre Klassengenossen die Konsequenzen zu ziehen.

Als die deutsche Arbeiterbewegung sich in der Periode ihrer tiefsten Schmach befand, als die Partei- und Gewerkschaftsführer offen zum Klassenfeind übergelaufen waren, erstand der „Spartakusbund" als das Gewissen den in den Erdlöchern das kapitalistische „Vaterland" verteidigenden Lohnsklaven.

Der „Spartakusbund" entlarvte die Schurkenrolle der Partei- und Gewerkschaftsbonzen und proklamierte: **diese Organisationen müssen zertrümmert,** das Proletariat muß aus der Bevormundung durch Führercliquen befreit werden, soll die soziale Revolution siegen.

Nicht eine neue Partei wollte der „Spartakusbund" werden, die über das Proletariat oder durch das Proletariat zur Herrschaft zu kommen trachtete, sondern die proletarische Klassenorganisation. Die russische Oktoberrevolution hatte die Rätediktatur der Pariser Kommune noch nicht zum Triumph gebracht, als schon Karl Liebknecht in seiner Zuchthauszelle zu Luckau die bisherigen Organisationsformen von Partei und Gewerkschaften als die Quellen der Klassenohnmacht aufdeckte und die Prinzipien für die Organisation entwarf, die den geschichtlichen Ansprüchen allein gerecht werden kann. Karl Liebknechts Forderungen, die in einem von der KP und der Kommunistischen Internationale bis heute totgeschwiegenen „Politischen Nachlaß" nachzulesen sind, sind identisch mit der Parole „Alle Macht den [illegible]" und mit den Leitsätzen, die Rosa Luxemburg in [illegible] verfaßt hat: „Was will der Spartakusbund?" niede[illegible] schonungsloser rücksichtsloser Bruch mit der Führerorganisat[illegible] und Bruch mit jeglichem strammen Parteizentralismus, dieses Bestreben, den revolutionären Klassengedanken von der Berufsbürokratie zu befreien, aus den Massen heraus nach dem Rätesystem die revolutionäre Avantgarde zu ermöglichen: dies ist Karl Liebknechts Ziel gewesen, das Ziel des „Spartakusbundes".

Die Geschichte des Spartakusbundes ist nach dem Januargemetzel der sozialdemokratischen Judasse gewaltsam beendet worden. Im Bunde mit der Konterrevolution, gestützt von Spießer-Jämmerlichkeit und -feigheit der in SPD und Gewerkschaften organisierten Lohnsklaven gelang es Noske, Tausende der Besten abzuschlachten. Aber, Genossen, was die Ebert-Noske-Scheidemann mit Hilfe der Edenhotelsoldateska nicht vermocht hatte: die **körperliche** Niederlage durch eine ideologische Knebelung zu sichern, dies ungeheuerliche vollbrachte dann die „abgekämpfte" zweite Garnitur des Spartakusbundes, vollbrachten, auf Befehl Moskaus, die **Levi & Co. zu Heidelberg.** Heidelberg verfälschte den revolutionären Bund in eine sozialdemokratische Parlamentspartei. Heidelberg brachte die für das revolutionäre Proletariat bereits erledigten Orgeschgewerkschaften zur alten Macht über das Proletariat. Heidelberg verriet den Rätegedanken zugunsten der von Liebknecht und Rosa Luxemburg als schlimmstes Uebel gebrandmarkten Berufsführerschaft!. (Lebhaftes Sehr richtig!)

Genossinnen und Genossen! In einer Zeit, als die Sache des Proletariats am schändichsten verraten war, erhob der „Spartakusbund" das Banner der sozialen Revolution und rief die Lohnsklaven auf, sich zu befreien.

In einer Zeit, wo das kapitalistische Wirtschaftssystem sich in Todeskrämpfen windet, haben sich die revolutionären Arbeiter erneut zusammengeschlossen in der politisch-wirtschaftlichen Einheitsorganisation „Spartakusbund", die aufgebaut ist nach dem Rätesystem auf Betrieben und Nachweisen, die genau wie der alte Spartakusbund **keine Partei, keine Führerangelegenheit** ist, aber die Organisation der Proletarier, die gebrochen haben mit bürgerlichen Organisierungsmethoden.

Der „Spartakusbund" erklärt, daß es im Kampf um die kommunistische Gesellschaft kein Paktieren geben kann mit dem Klassengegner, daß aber **jeder** Parlamentarismus Paktieren bedeutet.

Der „Spartakusbund" erklärt, daß die politischen Parteien und die Gewerkschaften historische Gebilde darstellen, die im Kampfe um die Herrschaft der Arbeiterklasse völlig untauglich geworden sind. An ihre Stelle setzt der „Spartakusbund" die proletarische Räteorganisation, die in den revolutionären Betriebsorganisationen ihren Ausdruck findet und in der Revolution und nach dem Sturz des Kapitalismus durch die Räte wirksam wird. Der „Spartakusbund" verwirft die Teilung der **Räteorganisation** in eine **politische** und in eine **wirtschaftliche** Sonderorganisation; er stellt die politisch-wirtschaftliche **Einheitsorganisation** des revolutionären Proletariats dar.